

Was macht die politische Lösungssuche der Syrien-Krise so schwierig?

Karin Kulow

Schon die mittlerweile fünfjährige Fortdauer des Krieges auf syrischem Boden mit allen seinen verheerenden Folgewirkungen vor allem für die dortigen Menschen sowie das Scheitern bereits zweier vorheriger Anläufe zur politischen Lösungssuche lassen erahnen, wie diffizil sich die diesbezügliche Lage gestaltet. Wie sich übrigens zuvor wohl kaum jemand ernsthaft hatte vorstellen können, dass im Zuge des „Arabischen Frühlings“ gerade das zuvor als eigentlich so stabil geltende Syrien von einem derartigen Vernichtungskrieg bis hin zur Gefährdung dessen staatsterritorialer Integrität erfasst sein würde. Während die einen nun ausschließlich Assad und das ihn tragende Baath-Regime dafür verantwortlich zu machen suchen, stellt sich dieses wiederum für andere – so auch hier – jedoch weitaus komplexer dar. Und zwar insofern, als Syrien aufgrund der hier gegebenen vertrackten Bündelung unterschiedlichster Widerspruchslagen zu einem Hauptaustragungsort des Ringens um die Ausprägung neuer Ordnungsrahmen, sowohl auf internationaler als auch auf regionaler Ebene, und mithin um eine Neujustierung bisheriger Kräftebalancen mutiert ist. Bei dem das seit März 1963 in Damaskus an der Macht befindliche Regime offenkundig den Dreh- und Angelpunkt bildet.

Mit der Konsequenz, dass das Schicksal dieses Landes, wie schon wiederholt in dessen langer Geschichte, in hohem Maße von den Interessen äußerer Akteure diktiert wird, die überdies noch teilweise äußerst scharf miteinander kollidieren. Mit einer daraus resultierenden und, wie sich zeigt, nur schwer zu überbrückenden Polarisierung. Widerspiegelt in den zwei miteinander konkurrierenden, jeweils global-regional verwobenen Kräftekonstellationen: Auf der einen Seite, ungeachtet aller Unterschiedlichkeit und partiellen Dissonanzen, die USA sowie die Türkei und Saudi-Arabien; auf der anderen Seite Russland und Iran. So gesehen ist es auch kein Zufall, dass die innersyrischen Auseinandersetzungen in gleich mehrere Stellvertreterkriege umgeschlagen sind. Dies alles zum sichtlichen Nachteil insbesondere des Einflusses jener syrischen Oppositionskräfte – hauptsächlich versammelt im Nationalen Koordinierungskomitee –, die von Anfang an auf drei „Neins“ gesetzt hatten; nämlich: Nein zum Konfessionalismus! Nein zur Gewalt! Nein zur ausländischen Einmischung!

Rivalisierende globale Interessenlagen

Die auf globaler Ebene vor allem zwischen den USA und Russland bestehenden grundsätzlichen Divergenzen wider oder für das Damaszener Regime speisen sich dem Wesen nach aus dem widerstreitenden Bestreben nach der Verfasstheit unserer Weltordnung im 21. Jahrhundert. Während die USA diese nach dem Ende der Blockkonfrontation unter westlicher Ägide zu gestalten trachten, verfolgt Russland einen eher multipolaren Ansatz. Basierend vor allem auf dem in der UN-Charta verankerten Nichteinmischungsprinzip sowie der daraus abgeleiteten strikten Ablehnung jeglicher von außen beförderter Regime-Wechsel. Worauf wiederum die USA – wie schon geschehen in Irak 2003 und in Li-

byen 2011 – als Bestandteil ihres Ringens um die Schaffung eines „Neuen Nahen Ostens“ aber offensichtlich bislang gezielt optieren.¹

Deshalb konnte es nicht überraschen, dass Obama – wie übrigens auch andere westliche Staatenvertreter – unmittelbar nach dem Aufflammen der Protestbewegung in Syrien Mitte März 2011 bereits unverhohlen die Forderung nach einem solchen Regime-Wechsel gestellt haben. Im Unterschied zu seinem Vorgänger im Präsidentenamt wollte er dafür von Beginn an jedoch keine eigenen Bodentruppen entsenden. Vielmehr sollten diesen hier einheimische Kämpfer bewerkstelligen – bei allerdings der entsprechenden militärischen, finanziellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Unterstützung. Was ihm allerdings nicht nur im eigenen Land bis heute viel Kritik einbringt, sondern immer wieder auch zu Unmut bei den Assad-Gegner-Staaten in der Region wie jenen syrischen Oppositionellen führt, denen am liebsten an einer Wiederholung des „Libyschen Szenarios“ auch in Syrien gelegen wäre.

Aus US-Sicht verkörpert das Damaszener Regime, gestützt auf seine gesamtarabisch-nationalistische Baath-Ideologie als Gesellschaftsmodell eines „dritten Weges“, ein überholtes Relikt aus der Ära der Blockpolarität, welches bereits bei seiner Machtübernahme als missliebig galt. Und dies nun noch umso mehr, als dessen zu jenen Zeiten politisch-ideologisch begründete Anbindung an Moskau, wenn auch auf veränderten Prämissen, weiterhin fortbesteht. Was jetzt in hohem Maße mit dazu beigetragen hat, die Rolle Russlands als einen wieder maßgeblichen Player auf der internationalen wie nah- und mittelöstlichen Bühne zu untermauern. Damit aber zwangsläufig, die Bestrebungen der USA auf die Etablierung ihrer Hegemonierolle zu unterlaufen. Es also eines fairen Interessenausgleichs zwischen beiden bedürfte, um nicht nur das Töten in Syrien dauerhaft zu beenden, sondern gleichzeitig auch einer tragfähigen internationalen wie regionalen Ordnung den Weg zu bahnen.

Obwohl es – trotz oder gerade wegen des direkten russischen Militäringagements in Syrien – in der bilateralen Kooperation seit Anfang 2016 vor allem im Hinblick auf die Beendigung dortiger Kampfhandlungen durchaus bestimmte Fortschritte gibt, hapert es jedoch weiterhin sichtlich an der erforderlichen Vertrauensbildung. Symptomatisch dafür sind jene sich in letzter Zeit auffällig mehrende Stimmen in den USA, die vor einer noch weiteren Aufwertung Russlands ausdrücklich warnen. Wohl vor allem auch deshalb mangelt es weiterhin an der US-Bereitschaft zur konzertierten Aktion mit Russland bei der Zurückdrängung von IS in Syrien.

Zumal es für Russland aufgrund des engen bilateralen Beziehungsgefüges, untermauert durch einen 1980 geschlossenen und bis heute gültigen Freundschaftspakt, zugleich noch um wichtige strategische Interessen geht. Nicht nur bestehen zu Syrien seit mehr als einem halben Jahrhundert gewachsene Beziehungen mit vielfältigen gegenseitigen Verflechtungen. Das Land stellt für Russland einen der wichtigsten nächstlichen Handels- und Wirtschaftspartner dar, darunter auch auf militärischem Gebiet. Es gewährt ihm mit Tartous seinen einzigen Flottenstützpunkt im Mittelmeer² – wo ansonsten allein die sechste US-Flotte stationiert wäre – und mit Humeimim einen jüngst in Betrieb genommenen Luftwaffenstützpunkt. So gesehen hatte Russland bei seiner Entscheidung Ende September 2015 zum direkten militärischen Eingreifen an der Seite des Assad-Regimes durchaus auch die eigenen Interessen mit im Auge.

Regionales Vormachtgerangel

Während also einerseits die politische Lösung der Syrien-Krise entscheidend davon abhängt, inwieweit sich die USA und Russland zu einer tragfähigen Konsensfindung bereit und fähig zeigen; wird sie andererseits in erheblichem Maße davon bestimmt, ob insbesondere die drei Regionalmächte, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, die den Syrien-Konflikt – ungeachtet aller zwischen ihnen bestehenden Unterschiede oder gar Gegensätzlichkeiten, für die Durchsetzung ihrer jeweiligen Vormachtbestrebungen instrumentalisieren, wenigstens zum Verzicht auf dessen weiteres Anheizen zu bewegen sind.

Iran, welches seit 1979 enge Kooperationsbeziehungen mit dem Baath-Regime unterhält, steht nicht zufällig uneingeschränkt an dessen Seite³. Zum einen aus Sorge, dass ein von außen herbeigeführter Regime-Wechsel in Damaskus den Auftakt auch zu einem analogen Schicksal des eigenen Mullah-Regimes bilden könnte. Zum anderen wegen des ureigenen Interesses, seinen gewonnenen politischen Einfluss in arabischen Hauptstädten von Bagdad über Damaskus bis Beirut, oft auch als „schiitischer Halbmond“ titulierte, zu bewahren und seinen nachvollziehbaren Anspruch auf Anerkennung seiner Rolle als ein Hauptplayer in der Region zu konsolidieren.

Verschiedenste Beobachter gehen sogar davon aus, dass zwischen Teheran und Damaskus ein noch engeres Vertrauensverhältnis bestünde als vergleichsweise zwischen Damaskus und Moskau, da Russland bei seinem Agieren wesentlich auch von global-strategischen Überlegungen geleitet sei. Auffällig ist zumindest, dass Iran diesen bisherigen dreiseitigen Schulterchluss vor allem auf militärischem Gebiet als von vitaler Bedeutung ansieht, wovon nicht zuletzt das von ihm Anfang Juni 2016 nach Teheran einberufene Verteidigungsminister-Treffen zeugt.

Demgegenüber haben sich die Türkei und Saudi-Arabien im Interesse der Realisierung ihrer jeweiligen Vormachtstellung zu scharfen Gegnern des Baath-Regimes erklärt. Wodurch sich die Kämpfe auf syrischem Boden gleichzeitig verstärkt auf religiös motivierte Gräben, vor allem entlang sunnitisch-schiitischer Trennlinien, verlagert haben. Wovon dort wiederum insbesondere die immer zahlreicheren sunnitisch-salafistisch-jihadistischen Gruppierungen zu profitieren vermochten. Nicht zuletzt der im Ergebnis des US-Krieges gegen Irak 2003 entstandene IS, der ohne die wohlwollende Duldung und Pöppelung seitens genannter Staaten keinesfalls in der Lage gewesen wäre, 2014 seinen Kalifatsstaat überhaupt ins Werk zu setzen und als sich nunmehr schwer wieder einzuhegender Akteur zu profilieren.

Was hinsichtlich der Türkei eine schlagartig vollzogene Kehrtwende ihrer Syrien-Politik bedeutet hat. Indem Assad – zuvor noch ein enger Partner und sogar persönlicher Freund – von Erdoğan quasi über Nacht zu seinem Feind gemacht wurde. Für dessen Sturz ihm zumindest bislang jedes Mittel recht zu sein schien – selbst die Instrumentalisierung von IS.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Wahlgewinne von islamistischen Parteien, vor allem der Muslimbruderschaft in Ägypten, hatte dem Islamisten Erdogan die bis dahin weit reichende Kooperation mit dem säkular ausgerichteten Baath-Regime unter Assad anscheinend als nicht mehr opportun gegolten. Den Auslöser dafür hatte offensichtlich Assads strikte Zurückweisung der Forderung von Erdogan nach einer Machtbeteiligung der syrischen Muslimbrüder in Damaskus gebildet. Was für Erdoğan, beflügelt von seinen neo-osmanischen Blühträumen, als Bestandteil der Vision von der Formierung eines sunnitisch-islamistisch regierten Staatenverbundes mit der Türkei als dessen Führungsmacht und der AKP als dortigem Parteien-Modell erschienen war, stellte aus Sicht von

Assad eine absolute Zumutung dar. Betrachtet doch das Baath-Regime die syrische Muslimbruderschaft seit eh und je als einen seiner Intimgegner und lastet es gerade ihr eine Hauptverantwortung beim Entstehen der Syrien-Krise an⁴.

Die fortan seitens der Türkei auf den Sturz von Assad ausgerichtete Syrien-Politik beinhaltet zum einen, auf die Konstruktion eines NATO-Bündnisfalls nach libyschem Muster hinzuwirken, und dabei selbst einen bewaffneten Konflikt mit Russland zu riskieren, sowie die Errichtung einer Schutzzone auf syrischem Territorium durchzusetzen zu suchen. Zum anderen, syrischen Oppositionskräften weitestgehende politische wie vor allem auch militärische Unterstützung zu gewähren. Sei es nun die Einrichtung von Büros für deren zivile Vertreter, so für den Ende 2011 unter türkischer Ägide in Istanbul gebildeten Syrischen Nationalrat (SNR) wie auch für die unter aktiver Mitwirkung der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton Ende 2012 in der qatarischen Hauptstadt Doha formierte Koalition der syrischen Oppositionskräfte (Itilaf). Oder aber, den verschiedensten bewaffneten Gruppierungen – neben der Bereitstellung von reichlich Kriegsgerät und Versorgungseinrichtungen für verwundete Kämpfer, darunter auch aus den Reihen von IS – entsprechende Nachschubwege über speziell für sie offen gehaltene Grenzpassagen einzuräumen bis hin zum unmittelbaren Eingreifen türkischer Armeeeinheiten in grenzüberschreitende Kampfhandlungen unter Missachtung syrischer Souveränität.

Genau genommen hat sich die Türkei mit ihrem abrupten Wechsel in der Syrien-Politik selbst in eine Sackgasse manövriert. Nicht nur hat sie die Zahl der nach Europa einströmenden Flüchtlinge mit ausgelöst. Auch ist dadurch der sichtliche Aufschwung der syrischen Kurden in den von ihnen als Rojava bezeichneten drei Kantonen (Cesire, Kobani, Afrin) befördert worden, der nun von Erdogan wegen der befürchteten Beispielwirkung für die eigene Kurdenfrage als rechtmäßig zu bekämpfende Bedrohung der eigenen Stabilität und Sicherheit hinzustellen versucht wird. Und er sich im Streit dabei sogar mit Obama zu überwerfen entschlossen ist – in dem starrsinnigen Bestreben, die PKK und deren Verbündete, die Partei der Demokratischen Union (PYD) in Syrien, zu schwächen. Vor allem aber, das sich hier seit 2012 entwickelnde Selbstverwaltungsprojekt zu torpedieren. Deshalb also soll die PYD, die zum Ärger von Erdoğan im Rahmen des von ihr geführten Militärbündnisses Demokratische Kräfte Syriens (SDF) mit den USA im Kampf gegen IS verbündet ist – vom Genfer Verhandlungsprozess strikt ausgeschlossen werden.

Was das Beziehungsgefüge zwischen Saudi-Arabien und dem Baath-Regime betrifft, so handelt es sich hier nicht nur um eine durchaus extreme Eskalation eines ohnehin zuvor schon durch vielerlei gegenseitige Animositäten bis hin zu abgrundtiefem Hass belasteten Verhältnisses. Vielmehr ist die aktuell betriebene saudische Syrien-Politik Ausdruck und Ergebnis eines, insbesondere seit der Inthronisierung von König Salman und der Ernennung dessen Sohn zum Vize-Kronprinz und Verteidigungsminister, mit zunehmender Aggressivität durchzusetzen versuchenden Führungsanspruchs in der Region. Nicht zuletzt genährt durch die mit dem „Arabischen Frühling“ einhergehende Schwächung der Rolle Ägyptens als bisheriger arabischer Führungsmacht. Bei alledem geht es für Saudi-Arabien an vorderster Stelle um die Zurückdrängung iranischen Einflusses, der nach dem Zustandekommen der Atom-Vereinbarung mit dem Westen als nun noch größere Konkurrenz um die angestrebte Vormachtstellung in der Region angesehen wird. Wenn Assad und das Baath-Regime in Damaskus zu Fall kämen – so das saudische Kalkül –, wäre die politisch wie religionsideologisch als regionaler Störfaktor angesehene Achse Teheran – Damaskus – Hizbullah⁵ passé und würde so Iran daran gehindert, sich weiterhin in innerarabische Verhältnisse zugunsten dortiger schiitischer Bevölkerungstei-

le einmischen zu können. Allein zu diesem Zweck führt Saudi-Arabien mittels solcher salafistisch-jihadistischen Gruppierungen wie Jaisch al-Islam (Armee des Islam) seinen Stellvertreter-Krieg in Syrien wie seinen Krieg in Jemen und gehört nicht zufällig zu den besten Kunden einträglicher Waffengeschäfte des Westens, allen voran denen der USA.

Sich gleichermaßen auf den Sturz von Assad fixierend, haben sich im Zuge dessen die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Türkei sichtlich vertieft bis hin zur Vereinbarung einer strategischen Kooperation. Gemeinsam von ihnen ins Leben gerufen – gleichfalls noch unter Mitwirkung von Qatar – wurde Anfang 2015 die „Fatih-Armee (Eroberungsarmee)“ mit dem hauptsächlichen Operationsgebiet im gegenwärtig militärisch besonders umkämpften Nordwesten Syriens. Die nach offizieller Lesart nur „moderate“ Kämpfer umfassen soll; von der jedoch hinlänglich bekannt ist, dass de facto in sie auch verschiedene jihadistische Gruppierungen – und selbst die international auf dem Terror-Index stehende Nusra-Front – involviert sind. Was immer wieder auch zu Streitigkeiten zwischen Russland und dem Westen führt.

Aber bei allem gemeinsamen Vorgehen sind Türkei und Saudi-Arabien dennoch auch Rivalen und lassen sich folglich dabei in erster von ihrer jeweils eigenen Agenda leiten, da es um die Absicherung des Eigengewichts bei der künftigen Regionalordnung geht. Was sich schon darin ausdrückt, dass Saudi-Arabien im Dezember 2015 die Initiative zur Bildung des Hohen Verhandlungskomitees (HNC) als Verhandlungsführer der Opposition an sich gezogen hat und dessen ständiges Büro in Riyad etabliert worden ist. Womit es seinen Einfluss nicht nur auf den Fortgang der Verhandlungen, sondern zugleich auch auf die künftige gesellschaftliche Verfasstheit Syriens zugunsten eigener Vorstellungen zu sichern bestrebt ist.

Schwer zu überbrückende Gegensätze im Verhandlungsprozess

Natürlich kann nur begrüßt werden, wenn nun intensiver als noch die beiden Anläufe zuvor in Genf nach einer politischen Lösung der Syrien-Krise gesucht werden soll. Dessen ungeachtet aber sind die sich dabei im Kontext der zuvor geschilderten Widerspruchslagen auftürmenden Schwierigkeiten keinesfalls geringer geworden. Nur äußerst zögerlich greift die Erkenntnis Platz, dass weder eine militärische Lösung mit einem alleinigen Sieger möglich ist noch eine politische Kraft allein das ganze Land wieder unter ihre Kontrolle zu bringen vermag. Auch die Vorstellungen der Konfliktparteien über die dabei zu erreichenden Ziele driften noch immer weit auseinander und sind schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Hoffnungsvoll jedenfalls war erst einmal die Ende Oktober 2015 in Wien unter Beteiligung aller maßgeblichen internationalen wie regionalen Akteure zustande gekommene und unter dem Ko-Vorsitz von Russland und USA seither agierende International Syria Support Group (ISSG)⁶, deren Aufgabe es vor allem sein soll, die innersyrische politische Lösungssuche, einschließlich der Beendigung des Blutvergießens, förderlich zu flankieren. Gemäß dem ISSG-Übereinkommen ist als deren inhaltliche Grundlage das Genfer Kommuniqué vom 30. Juni 2012 definiert, welches – ohne ausdrücklichen Bezug auf das Schicksal des Baath-Regimes – auf einen Syrien-gelenkten Prozess orientiert, „der zu einem Übergang führt, der den legitimen Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und dieses dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu befinden“. Der gleichzeitig verabschiedete zeitliche Ablaufplan beinhaltete im einzelnen, Anfang 2016 innersyrische Verhandlungen unter UN-Mediation entsprechend einer

vorgelegten Liste teilnehmender Oppositionsgruppen aufzunehmen; binnen sechs Monaten eine Übergangsregierung zu bilden; innerhalb von 18 Monaten eine neue Verfassung zu erarbeiten und daran anschließend freie Wahlen durchzuführen. Was alles festgeschrieben worden ist in der UN-Sicherheitsrat Resolution 2254 (2015). Dort, wie auch in der Resolution 2268 (2016), wird die politische Lösung als einzig vernünftiger Weg zur Beendigung des Syrien-Konflikts bekräftigt. Sowie die Notwendigkeit, parallel zum politischen Prozess auf das Erreichen einer landesweiten Waffenruhe hinzuwirken. Expressis verbis davon ausgeschlossen jedoch wurden die übereinstimmend als terroristisch eingestuften Gruppierungen IS und Jabhat an-Nusra (Nusra-Front).

Die bisherigen Runden dieser innersyrischen Verhandlungen haben noch nicht im direkten Modus, sondern als indirekte Gespräche stattgefunden, so genannte *proximity talks* – mit teilweise erheblichen Widerständen und zeitlichen Verzögerungen, die schon allein die eigentlich für August 2016 terminierte Bildung einer Übergangsregierung kaum realistisch erscheinen lassen. Auch konnten sich Russland und die USA Ende Februar 2016 auf ein gemeinsames Statement zur „Einstellung der Feindseligkeiten“ (*Cessation of Hostilities*) einigen, die in wenigstens einigen Regionen im großen und ganzen gehalten haben. Obwohl die erbitterten Kämpfe um Aleppo, die für alle beteiligten Seiten als eine Schicksalsschlacht, als eine Art *game changer*, gelten, diese Fortschritte ernsthaft zu gefährden drohen. Positiv zu bewerten ist gleichfalls die Implementierung von zwei ISSG-Einsatzgruppen (*Task Forces*) zur Organisation und logistischen Abwicklung von humanitären Hilfsgütertransporten vor allem für die etwa 300.000 extremste Not leidenden Menschen in belagerten und schwer erreichbaren Ortschaften.

Obwohl es bei diesem, auch als Genf III bezeichneten Verhandlungsprozess, ausdrücklich um die innersyrische politische Lösungssuche gehen soll, geschieht dies jedoch keinesfalls ohne die Einflussnahme von äußeren Akteuren mit mehr oder weniger ambivalenten Wirkungen. So besteht zwischen Russland und den USA wohl durchaus Einverständnis über die Notwendigkeit, die politische Lösungssuche des Syrien-Konflikts endlich voranzutreiben; nicht aber darüber, wie deren Ergebnis am Ende aussehen soll. Russland, welches sich von Anfang an für eine politische Lösung auf der Grundlage des Genfer Kommuniqués eingesetzt hat, in dem keine Aussage zum Schicksal des Baath-Regimes enthalten ist, sucht zu gewährleisten, dass dieses als Teil der Konfliktlösung unverzichtbar bleibt. Und wirbt in diesem Sinne für eine breitest mögliche Beteiligung am Verhandlungsprozess, darunter auch von kurdischer Seite. Vergleichsweise dazu ist die US-Haltung, wie die Haltung des Westens insgesamt, weiterhin auffällig indifferent.⁷, insbesondere hinsichtlich des Assad-Regimes.

Ein vom UN-Syrien-Beauftragten Staffan de Mistura vorgelegtes 12-Punkte-Papier, welches sich als Quintessenz der zwei von den jeweiligen Verhandlungsdelegationen – Regime und Opposition – eingereichten Positionspapiere versteht, macht neben vorhandenen Übereinstimmungen hinsichtlich der grundsätzlichen Verfasstheit Syriens als einheitlicher Staat in seinen bisherigen Grenzen auch die Tiefe des zu überbrückenden Grabens deutlich. Kulminierend in der Fragestellung nach Wesen und Charakter der zu verhandelnden Transition. Während, wie von de Mistura in seinem informellen Briefing vor der UN-Vollversammlung am 21. Juni 2016 festgestellt, die Opposition auf der Schaffung einer Übergangsregierungskörperschaft (*transitional governing body*) mit voller Exekutivgewalt bestehe, wolle Damaskus die Bildung einer breiten Regierung der nationalen Einheit. Dass für das Baath-Regime allein eine solche Einheitsregierung als Transition in Frage kommt, hat Assad in seiner Rede Anfang Juni 2016 zur Eröffnung der Legislaturpe-

riode des neu gewählten Parlaments (Volksrat) noch einmal eindeutig bekräftigt und zugleich die Verhandlungslegitimität der Gegenseite angezweifelt. Sicherlich einerseits von arrogantem Machtgehabe geleitet; aber andererseits auch den Tatbestand widerspiegelnd, dass seit dem direkten militärischen Eingreifen Russlands das innersyrische Kräftependel deutlich zugunsten des Regimes ausschlägt.

Zugunsten des Regimes weiterhin zu Buche schlägt, dass es der Opposition nach wie vor an einer einheitlichen, tragfähigen Plattform für das Land als Alternative mangelt. Auch das unter der Ägide von Saudi-Arabien formierte Verhandlungskomitee ändert ungeachtet des darin vertretenen breiten Spektrums⁸, von säkularen Vertretern bis hin zu Salafisten jihadistischer Couleur daran nichts Wesentliches, da „Assad muss weg!“ die offensichtlich einzig verbindende Klammer bleibt.

Nicht umsonst hofft die Opposition auf verstärkte Unterstützung vor allem seitens der EU⁹ und erhebt im Konzert mit ihren regionalen Sponsoren vor allem die Forderung nach Bereitstellung qualitativ neuer Waffen für die unverminderte Weiterführung des Krieges. So wurde vom saudischen Außenminister selbst die Entsendung eigener Bodentruppen bereits ins Spiel gebracht.

Umso mehr sind alle, die sich zur Mitwirkung an der politischen Lösungssuche bereit zeigen, zwingend vor die Herausforderung gestellt, eine solche Formel zu entwickeln, mit der es gelingt, die noch weit auseinanderklaffenden Intentionen der Konfliktparteien auf einer tragfähigen Grundlage zusammenzuführen und somit den Menschen in Syrien die Aussicht auf eine friedliche Perspektive zu eröffnen.

Anmerkungen

- 1 Gemäß inzwischen publik gewordenen Planspielen des Pentagon von Anfang der 2000er Jahre war zu solchen Wechsel-Zwecken von als missliebig eingestuften Regimes durchaus noch eine Reihe weiterer Kriege in der Region vorgesehen. Darunter an vorderer Stelle auch gegen Syrien – also weit vor Ausbruch der dortigen Auseinandersetzungen. Die Idee von der Schaffung eines „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“ geht übrigens auf die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice zurück und ist von ihr 2006 während des von Israel geführten Libanon-Krieges ins Spiel gebracht worden als Präzisierung des bis dato von den USA postulierten Projekts eines so genannten Greater Middle East.
- 2 Dessen Ausbau, einschließlich einer Erweiterung auf den Nachbarhafen Latakia, 2007 vereinbart worden ist.
- 3 Dessen Bereitschaft zur Stützung der syrischen Machtverhältnisse allerdings mit hohen menschlichen wie materiellen Kosten verbunden ist. Nicht nur verloren zahlreiche Kämpfer – Soldaten wie Offiziere – aus den Reihen der iranischen Revolutionsgarden auf dem syrischen Schlachtfeld ihr Leben. Gemäß Schätzungen belaufen sich die von Iran seit 2011 für Syrien bereit gestellten Mittel auf eine Summe von immerhin zwischen neun bis 15 Milliarden US-Dollar, die noch umso schwerer ins Gewicht fallen angesichts der seitens des Westens gegenüber Iran verhängten Sanktionen.
- 4 Was insofern nicht ganz unbegründet erscheint, als der renommierte syrische Menschenrechtsaktivist und verantwortliche Vertreter des Nationalen Koordinierungskomitees, Haytham Manna, in einem am 3. November 2013 im Internetportal Raialyoum veröffentlichten und auf seiner eigenen Webseite wiedergegebenen Artikel auf derartige Aktivitäten von Mitgliedern der syrischen Muslimbruderschaft verweist. So hätten Betreffende im Januar 2011 eine spezielle Website unter dem Namen „Syrische Revolution gegen Assad“ eingerichtet und dort für Anfang Februar zum Aufstand aufgerufen. Zudem sei bereits über vom Regime verschuldete Tote in Deraa berichtet worden, als es diese noch gar nicht gegeben habe. Auch sei türkischerseits

bereits ein Flüchtlingscamp in der Provinz Hatay, dem früheren syrischen Iskanderun, errichtet worden, als aus Syrien überhaupt noch niemand auf der Flucht gewesen sei.

- 5 Wegen deren stetig wachsenden politischen Einflusses in Libanon ohnehin schon seit längerem äußerst kritisch beargwöhnt, geriert sich Saudi-Arabien nun gegenüber diesem Land dezidiert als eine Art Zuchtmeister. So wurden die dem Staat Libanon zuvor zugesagten vier Milliarden US-Dollar Militärhilfe bis auf weiteres eingefroren; 90 in Saudi-Arabien tätige libanesische Arbeitskräfte ausgewiesen, mehrere libanesische Firmen auf eine schwarze Liste gesetzt sowie eine generelle Reisewarnung für Libanon ausgesprochen. Die Hizbullah selbst steht an vorderer Stelle der seitens der Golfstaaten separat geführten Terrorgruppenliste.
- 6 Zusammengesetzt aus den Einzelstaaten China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Iran, Irak, Italien, Jordanien, Libanon, Oman, Katar, Russland, Saudi-Arabien, Türkei, USA, Vereinigte Arabische Emirate (VAE) sowie den Organisationen UNO, EU, Arabische Liga und OIC (Organisation der Islamischen Kooperation).
- 7 So wird sicherlich nicht zufällig in US-amerikanischen Medien gerade jetzt von der Existenz verschiedenster „B“-Pläne berichtet, darunter auch solchen, die eine Belieferung der syrischen Opposition mit Flugabwehr-Waffen beinhalten. Übrigens auch US-Außenminister Kerry hat bereits mit einem solchen allerdings nicht näher definierten „B“-Plan gedroht.
- 8 Allerdings sind solche namhaften Persönlichkeiten wie Haitham Manna oder Qadri Jamil in diesem HNC nicht vertreten. Wie ebenfalls nicht die PYD sowie das von ihr geführte und im Kampf gegen IS außerordentlich effiziente Militärbündnis SDF; sondern kurdischerseits lediglich der mit der PYD rivalisierende und von der irakischen KDP sowie der Türkei protegierte Kurdische Nationalrat (KNR).
- 9 Diesem Ziel diene offensichtlich auch der dortige Besuch des Vorsitzenden der Itilaf, Anas al-Abdah, Mitte Juni 2016 in Brüssel mit gleichzeitig schweren Verbalattacken gegen Russland.